Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung der am 9. März 2014 gewählten Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf, welche am **4. Februar 2015**, um 19.00 Uhr im Krankenhaus Oberndorf stattgefunden hat.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger
2. Berichte des Bürgermeisters
3. Ankauf von Wertpapieren als Tilgungsträger
4. Abfallwirtschaftskonzept neu – Umstellung der Sammlung von Leichtverpackung sowie Papier und Papierverpackung
5. Unterbringung von Asylwerbenden
 - a) Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg betreffend Unterbringung von Asylwerbenden – Betreutes Wohnen
 - b) Beauftragung einer Arbeitsgruppe mit der Umsetzung der Leistungen
 - c) Abschluss eines „Freien Dienstvertrages“
6. Stille-Nacht-Museumsbezirk – Anpassung der Projektkosten
7. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Färberstraße – Untersbergstraße“
8. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Stille Nacht-Bezirk (Schöffleutgasse)“
9. Teilabänderung Flächenwidmungsplan für den Bereich „Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße (Bruckmoser)“ samt Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich „Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße“
10. Berufung Voggenberger Familie-Privatstiftung gegen den Bescheid der Stadtgemeinde Oberndorf vom 17.08.2012 zur Beseitigung von Baugebrechen am Objekt Siedlungsstr.6
11. Aufträge, Anschaffungen
12. Subventionen
13. Allfälliges

Anwesende:

Bürgermeister Peter Schröder
2. Vizebürgermeister Otto Feichtner
Stadträtin Waltraud Lafenthaler
Stadtrat Dietmar Innerkofler
Stadtrat Wolfgang Stranzinger
GV Dr. Andreas Weiß
GV Wolfgang Oberer
GV Ing. Josef Eder
GV Ing. Florian Moser BSc
GV Stefan Jäger
1. Vizebürgermeisterin Sabine Mayrhofer
Stadtrat Mag.(FH) Hannes Danner
Stadträtin Caroline Glier
GV Peter Illinger
GV Arno Wenzl
GV Anna Schick
GV Tobias Pürcher
Stadtrat Ing. Johann Schweiberer BEd
GV Christoph Thür
GV Josef Hagmüller
GV Maria Petzlberger
GV Markus Strobl
GV Peter Hauser

Entschuldigt abwesend:

GV Marion Reitsamer

GV Markus Doppler

Weiters anwesend:

Ewald Feichtinger, Finanzberater, zu TOP 3.

Doris Moßhammer, Leitung Finanzverwaltung, zu TOP 3. – 6.

Dipl.-Ing. Dieter Müller, Bauamtsleiter

Dr. Gerhard Schäffer, Amtsleiter

Schriftführerin: Gabriele Niederstrasser

Es waren 4 Zuhörer anwesend.

Verlauf und Ergebnisse der Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister, Feststellung der Beschlussfähigkeit; Fragestunde für die Gemeindebürger

Bürgermeister Schröder begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt fest, dass aufgrund der Anwesenheit von 23 Gemeindevertretungsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gremiums gegeben ist. Die Tagesordnung wurde zeitgerecht und ordnungsgemäß zusammen mit der Einberufung zu dieser Sitzung zugestellt. Es bestehen dagegen keine Einwände.

Da seitens der anwesenden Zuhörer keine Fragen an den Bürgermeister bestehen, entfällt die Bürgerfragestunde.

2. Berichte des Bürgermeisters

2.1. Resolution „TTIP-freie Gemeinde“

Die Antwort des Österreichischen Gemeindebundes auf die Resolution der Stadtgemeinde Oberndorf ist eingetroffen. Es wird mitgeteilt, dass die Resolution zur Kenntnis genommen wird und die Bedenken grundsätzlich geteilt werden. Die Fraktionen können sich über den Inhalt des Antwortschreibens im Stadtamt kundig machen.

2.2. Imkerverein Oberndorf – Göming

Der Verein dankt der Stadtgemeinde mit Schreiben vom 20.12.14 für die finanzielle Unterstützung zur Erhaltung der Bienenstände im vergangenen Jahr.

2.3. 1. OSK 1920

Der OSK lädt die Gemeindevertretung für 07.02.2015 zum Gschnas ein.

3. Ankauf von Wertpapieren als Tilgungsträger

Folgender Amtsbericht liegt vor, Bürgermeister Schröder erläutert ihn:

„Die Stadtgemeinde Oberndorf hat als Tilgungsträger für den endfälligen CHF-Kredit ein Wertpapierdepot. Im Jahr 2015 sollten folgende Wertpapierkäufe anhand von aktuellen Zahlen getätigt werden, um dem Ansparziel bis zur Endfälligkeit des CHF-Kredites gerecht zu werden:

Per 09/2027 ist nach derzeitigem Kurs ein Kapitalerfordernis von Euro 1.270.537,15 zu tilgen. Abzüglich des derzeitigen Wertes der erliegenden Anleihen sowie des derzeitigen Barbestandes, der sich durch den Ablauf der WP BRD Anl. v. 2004 (2015) ergibt, ist unter Ansatz der Restlaufzeit bis 09/2027 und einer angenommenen Durchschnittsrendite von derzeit 0,8 % p. a. ein jährlicher Ankauf von entsprechend verzinsten Wertpapieren in Höhe von Euro 75.702,28 notwendig, um per 09/2027 den Rücklösungsbetrag (auf Basis heutigen Kurses) von Euro 1.270.537,15 zur Verfügung zu haben.

Wir empfehlen somit den Ankauf von festverzinslichen österreichischen Staatsanleihen für das Jahr 2015 in Höhe eines Kurswertes von zumindest Euro 75.702,28 sowie die Wiederveranlagung des derzeit auf dem Verrechnungskonto liegenden Betrages von 102.640,77 in festverzinslichen österreichischen Staatsanleihen.

Zahlenwerte:

offener CHF Kredit per 22.01.2015:	CHF 1.251.352,04
Kurs per 22.01.2015:	0,9849 CHF/EUR
Kurswert in Euro:	EUR 1.270.537,15
abzgl. Kurswert per 22.01.2015 Wertpapiere:	- EUR 176.846,80
<u>abzgl. Barbestand auf Verrechnungskonto:</u>	<u>EUR 102.640,77</u>
verbleibender anzusparender Wert bis 09/2027:	EUR 991.049,58

unter Ansatz folgender Prämissen:

Verzinsung:	0,8 % p.a.
Zahlungshäufigkeit:	jährlich
Ansparzeit:	12,5 Jahre
Anzusparendes Kapital:	EUR 991.049,58

beträgt das Käuferfordernis für Wertpapiere 2015 EUR 75.702,28 p.a.

Wiederveranlagung des Barwertes durch den Ablauf der WP BRD Anl. v. 2004 EUR 102.640,77

somit ergibt sich dzt. ein Investitionserfordernis von EUR 178.343,05“

Herr Feichtinger erklärt: Der CHF-Kredit war damals eine interessante Variante, weil Zinsdifferenzen zum Euro interessant waren. In letzter Zeit war der Kurs das Thema. Die Schweizer Nationalbank hat den Kurs überraschend nicht gehalten, er fiel von 1,20 auf vorerst 0,85, er pendelte laufend und liegt dzt. bei 0,95. Damit hat niemand gerechnet.

In Expertenkreisen überlegt man: Wo könnte die Entwicklung hingehen? In der ersten Jänner-Hälfte hätte niemand vorausgesagt, der Kurs würde abstürzen, ganz im Gegenteil. Es war nicht voraussehbar, dass das Kursband von 1,20 aufgegeben wird und die Schweizer Nationalbank den Kurs dem freien Lauf überlässt. Das bedeutet für uns: Wir müssen sehen, was kann uns der CHF-Kredit bringen bzw. was kostet er uns? Ich habe das durchgerechnet und musste feststellen, dass wir in den Jahren 2000 bis 2014 einen Zinsvorteil gegenüber einem Euro-Kredit von 196.808,21 erzielt haben. Was kann das in der Zukunft bedeuten? Wie sehen der Kurs und die Zinsen jetzt aus? Die Schweizer Nationalbank hat vergangene

Woche ihre Zinsen auf minus 0,75 gesenkt. Wir haben eine Vereinbarung mit der Bank, dass der Preis für den CHF-Kredit minus 0,55 ausmacht. Theoretisch müsste man also Geld von der Bank „geliehen“ bekommen. So wird es aber nicht sein. Auf Basis der alten Vereinbarung müssten Sie für die Zukunft eine 0%-Zinszahlung leisten (null geht, minus geht nicht). Berechnung von heute lt. Kursausschnitt (ist wieder auf 1,0607 hinaufgeklettert) - Vergleich mit €-Kredit bis 2027: Differenz zu Gunsten des CHF-Kredites von 116.912,42. Das heißt, von 2000 – 2027: Zinsvorteil von 313.720,63. Mit heutigem Kurs von 1,0607 würde der Kursverlust 379.741,-- betragen. Wir wären aufgrund dessen noch mit rund 66.000,-- im Minus. Bei Veranlagung in fest verzinslichen Wertpapieren, die ich mit einem Ertrag von 0,8 % netto p. a. angesetzt habe, würden Sie nochmals Zinsen von mindestens 76.099,-- € bis 2027 erlösen. Gegenüberstellung aus Kursverlust von heute: Sie wären noch 10.000 € im Plus und hätten mit dem Zinsvorteil den Kursverlust wett gemacht. Alternative dazu: Heute konvertieren mit heutigem Kurs von 1.0607, ergäbe einen Kursverlust von 379.741,-- €; Gegenüberstellung bisheriger Zinsgewinn von 2000 bis 2014: nochmals 196.000,--; per heute verbliebe ein Kursverlust de facto von € 182.933,--. Das Gesamtkapital muss finanziert werden; hochgerechnet mit den derzeitigen Zinsen würden die Stadtgemeinde nochmals ca. 132.000,-- € treffen. Das würde bedeuten: Gesamtnachteil ca. 315.000,-- per heute, hochgerechnet mit heutigen Werten. Der Stand von heute ändert sich jeden Tag. Man denkt insofern an Einbau einer Stütze, als man die Negativzinsen, die bei 0,75 liegen, verschärfen möchte. Das ist für die Gemeinde nicht schlecht, den Kurs außer Acht gelassen, weil Sie etwa auf einer 0%-Zinsbasis sind.

GV Thür: Ist eine CHF-Kredit-Tilgung möglich?

Hr. Feichtinger: Tilgen ist keine besonders kluge Lösung. Wir haben Geld in der Hand, das uns nichts kostet, wir zahlen keine Zinsen dafür. Bei Rückzahlung haben Sie alleine dadurch schon einen Verlust. Die Berechnung stammt vom heutigen Tag mit ganz aktuellen Werten, damit Sie sehen, wohin die Reise auf Basis heutiger Daten hingeht. Theoretisch ist eine Rückzahlung möglich, jedoch nicht sinnvoll, wenn mir eine Bank Geld zu 0 % leiht und ich andererseits einen Ertrag von zumindest 0,8 % habe.

GV Thür hält die Zahlen für optimistisch, wenn man bedenkt, dass evtl. eine Pleite Griechenlands bevorsteht, was dem Euro vermutlich nicht besonders gut tut. Wenn Sie den Tilgungsträger mit 0,8 % optimistisch annehmen, wird der gleichzeitig geschwächt durch die Inflationsrate.

Hr. Feichtinger teilt diese Meinung nicht. Die Inflationsrate ist in diesem Fall nicht maßgeblich, denn die hat man immer drinnen.

GV Thür: Welchen Zinssatz haben Sie für die Berechnung bei heutiger Konvertierung drinnen?

Hr. Feichtinger: Meinen Sie, was man für den Euro derzeit verrechnet? Für Kommunen ist derzeit üblich der 6-Monats-Euribor (= 0,136) + 0,9, das sind ca. 1,1 – 1,15. Wir gehen von einem verrechneten Zinssatz von 1,32 aus, gerundet auf das nächste Achtel, also beträgt der Außenzinssatz, mit dem ich berechnet habe, 1,125 %.

GV Thür fühlt sich nicht wohl, die gleiche Schiene weiterzufahren. Die Vergangenheit hat bewiesen, wenn mit öffentlichen Geldern spekuliert wird, geht das nicht gut aus.

Hr. Feichtinger: Herr Thür, wenn Sie einer von denen waren, die das gewusst haben, und die anderen Tausend nicht, kann ich Sie nur auffordern – warum haben Sie es nicht gesagt? Dann hätten wir es geprüft. Wir haben in unserer Welt sehr, sehr viele Experten. Man muss das nehmen, was die Mehrheit im Wesentlichen denkt und von sich gibt. Wenn einer, wie Sie – und Sie sind der Einzige, der mir das sagt und den ich in den letzten 6 Monaten gehört

habe – mir voraussagt, dass per 15. Jänner die Barriere von 1,20 aufgehoben wird, dann muss ich sagen, ist es sehr schade, dass Sie nicht mich beraten, denn dann wüsste ich, wann die Kurse sacken.

GV Thür: Ich bin kein Finanzexperte, doch die Österreichische Nationalbank warnt seit 2007. Der Staat hat den privaten Kreditnehmern sogar verboten, Fremdwährungskredite aufzunehmen. Die Kommunen spekulieren weiter und fahren jedesmal ein damit.

Hr. Feichtinger: Das ist nicht richtig. Die Neuaufnahme für Private wurde verboten. Bestehende CHF-Kredite wurden bei Privaten genauso belassen. In den Nachrichten war zu hören, dass Einigkeit mit den Banken in Österreich hergestellt wurde, dass all jene, die in den vergangenen Tagen rückkonvertiert wurden, zum selben Preis wieder in den CHF hineingehen dürfen, um diesen Schaden zu vermeiden. Als Spekulation würde ich es überhaupt nicht sehen. Wenn Sie meinen Ausführungen gefolgt sind, konnten Sie feststellen, dass die Stadtgemeinde Oberndorf doch recht ordentlich verdient hat (2000 – 2014 fast € 200.000,- aus dem Zinsvorteil). Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir jetzt sagen, wo der CHF-Kurs hin geht, denn dann könnte ich genau berechnen.

Stadtrat Danner: Aus meiner Sicht ist die Zinsfrage vernachlässigbar. Die entscheidende Frage ist: Welche Erwartung hat man an den CHF-Kurs? Will man heute mit 1,06 realisieren oder bleibt man drinnen mit dem Risiko? Wir wissen seit 10 Jahren, insofern ist es natürlich eine gewisse Spekulation, dass wir das Risiko haben, ob wir einmal wieder 0,90 oder 0,85 sehen, die am 5. Jänner kurz gestreift wurden, oder ob es irgendwann einmal Richtung 1,20 oder 1,30 geht. Was den Währungskurs betrifft, ist es natürlich Spekulation. Im Nachhinein kann man freilich immer sagen „hätten wir doch...wären wir doch drinnen geblieben.“

Bürgermeister: Man kann natürlich alles schlecht machen. Fest steht: Jedes Darlehen ist eine "Spekulation", da man die Zinsentwicklung nicht kennt. Die diesbezüglichen Beschlüsse wurden einstimmig gefasst, auch die Verlängerung des CHF-Kredites, weil es um den Ankauf von Grundstücken ging. Es gab damals eine sehr ausführliche Diskussion.

1. Vizebqm. Mayrhofer hält fest, dass beim Wertpapierankauf an die Oberndorfer Banken zu denken sei.

Hr. Feichtinger: Das ist schwierig, weil das Zeitfenster knapp und eine Ausschreibung daher problematisch ist. Dass die Oberndorfer Banken günstiger sind, ist zu bezweifeln.

Der Bürgermeister stellt nunmehr den **Antrag, den bestmöglichen Ankauf von Wertpapieren**

a) in der Höhe von EUR 76.000,00 zum Erreichen des Ansparzieles gemäß Berechnung der Financial Services solutions & more GmbH vom 23.01.2015 für das Jahr 2015
b) sowie die Wiederveranlagung des derzeit auf dem Verrechnungskonto bei der direktanlage.at Bank AG erliegenden Betrages von EUR 102.640,77
in festverzinslichen Anleihen der Republik Österreich oder der Bundesrepublik Deutschland zu beschließen.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): 22 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (GV Thür)

4. Abfallwirtschaftskonzept neu – Umstellung der Sammlung von Leichtverpackung sowie Papier und Papierverpackung

Bürgermeister Schröder erläutert nachstehenden Amtsbericht:

„Neue rechtliche Rahmenbedingungen aus dem AWG und der Verpackungsverordnung sowie weitere Neuregelungen auf Bundes- und Landesebene veranlassen die Stadtgemeinde Oberndorf, das bestehende Abfallsammelsystem zu evaluieren. Die Altstoffsammelinseln stoßen in der derzeitigen Dimensionierung an ihre Kapazitätsgrenzen. Der Reinigungsaufwand, verursacht durch anonyme Ablagerungen, hat sich kritisch erhöht. Aus Mangel an geeigneten Standorten für neue Sammelstellen wurden alternative Systeme geprüft.

Der Bau-, Raumplanungs- und Umweltausschuss hat in bisher 2 Sitzungen über den Ist-Stand und die Problemstellungen beraten. Als Ergebnis daraus wird der Gemeindevertretung empfohlen, die Leichtverpackungssammlung sowie die Sammlung von Papier und Papierverpackung (Altpapiersammlung) bei öffentlichen Sammelinseln aufzulösen und auf haushaltsnahe Abfuhr umzustellen.

Für die **Leichtverpackungssammlung** wird eine Detailplanung zur Bemessung des Volumens pro Haushalt ausgearbeitet. Gesammelt wird mit Gelben Säcken (110 l) oder Gelben Tonnen (1100 l). Gelbe Säcke werden 6-wöchentlich, Gelbe Tonnen 2-wöchentlich abgeholt. Die Verteilung der Gelben Säcke erfolgt durch den Sammelpartner in Form eines Jahreskontingentes von 9 Stk.. Weitere Sackrollen sind bei der Gemeinde kostenlos erhältlich. Gelbe Säcke werden am ASZ nicht entgegen genommen. Sortenreine Styroporverpackungen (großflächig) werden am ASZ übernommen.

Für die **Sammlung von Papier und Papierverpackung (Altpapiersammlung)** wird eine Detailplanung zur Bemessung des Volumens pro Haushalt ausgearbeitet. Gesammelt wird in Kleinbehältern (240 l) oder Großbehältern (1.100 l). Die Behälter werden 1-, 2-, oder 4-wöchentlich entleert. Einzel- und Gemeinschaftsnutzungen von Behältern sind möglich. Sortenreines Altpapier und Kartonverpackungen werden am ASZ übernommen.

Die Standorte der Sammelbehälter für Glas- und Metallverpackungen bleiben größtenteils unverändert bzw. werden geringfügig angepasst.

Für die Umsetzungsmaßnahmen ist eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung von Hausverwaltungen und Bürgern geplant. Mit der Umstellung kann voraussichtlich im Oktober 2015 begonnen werden.“

Stadtrat Schweiberer: Ist eine Tonne anstelle der gelben Säcke möglich?

Bürgermeister: Wenn sich 8 Haushalte zusammenschließen, ist das kostenlos möglich. Wir werden vor Einführung über die Gemeindezeitung die Bürgerinnen und Bürger informieren.

Stadtrat Schweiberer: Erfolgt bei Umstellung eine Rücksichtnahme bei der Gebühr von 1-Familien-, 2-Familien- oder Mehrfamilienhaushalten?

Bürgermeister: Über Haushaltsgrößen, Biomüll-Abfuhr etc. werden wir uns unterhalten. Es braucht etwas Zeit und muss Schritt für Schritt erfolgen. In Summe soll für jeden Bürger das Gleiche herauskommen. Der gelbe Sack ist kostenlos, die Entleerung erfolgt derzeit im 6-Wochen-Rhythmus.

GV Illinger: Die Papierabfuhr ist optimal, bei Plastik bin ich nicht einverstanden. Es ist auch eine Frage des Platzes und der Geruchsbelästigung zuhause. Für mich ist das nicht nachvollziehbar.

Bürgermeister: Wir haben auch stundenlang darüber diskutiert. Doch es funktioniert in anderen Gauen unseres Landes auch.

GV Strobl: Gibt es eine Statistik, dass dadurch z. B. besser getrennt wird?

Bürgermeister: Laut ARA ist das Ergebnis besser. Die Verantwortlichkeit der Eigentrennung ist stärker.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Ein Durchschnittshaushalt benötigt 1 ½ Säcke für 6 Wochen. Anthering hat dieses Sammelsystem bereits seit 1994 mit Erfolg. Auch die dadurch gegebene Einsparung des Individualverkehrs ist Thema.

Bürgermeister informiert weiters: die blaue Tonne und Plastik zusammenzugeben und in Siggewiesen aussortieren zu lassen ist vertraglich nicht möglich. Ich habe das zwar ange-regt, doch derzeit ist das ein Problem.

Es entwickelt sich eine Diskussion über die Vorschriften (u. a. zum Beispiel jene für Großmarktketten bezüglich Verpackungssammlung).

Anschließend stellt der Bürgermeister den **Antrag, die Umstellung der bestehenden Sammlung von Leichtverpackung und Papier sowie Papierverpackung (Altpapier-sammlung) auf haushaltsnahe Abfuhr zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend, Stadtrat Mag.(FH) Danner war bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes nicht im Sitzungszimmer): 21 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (GV Illinger)

5. Unterbringung von Asylwerbenden

Es liegen folgende Amtsberichte vor:

1. Amtsbericht (wird vom Bürgermeister erläutert):

a) Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg betreffend Unterbringung von Asylwerbenden – Betreutes Wohnen

In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 10.10.2014 wurde der Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg über die Unterbringung von Asylwerbenden – Betreutes Wohnen beschlossen.

Am 12.12.2014 wurde durch das Land ein neuerlicher Vertragsentwurf vorgelegt, der in einigen Punkten vom Entwurf vom 10.12.2014 abgewichen ist. In einer Besprechung am 17.12.2014 wurden diese offenen Punkte behandelt. Mit Schreiben vom 23.01.2015 hat das Land Salzburg – Abteilung Soziales, Referat 3/03 – Soziale Absicherung und Eingliederung die aktuelle Vertragsversion übermittelt. *(Anm.: Diese lag dem übermittelten Amtsbericht bei.)*

b) Beauftragung einer Arbeitsgruppe mit der Umsetzung der Leistungen

Auf Basis der aktuellen Vertragsversion vom 23.01.2015 wurde die Beauftragung der Arbeitsgruppe zur Leistungserbringung im Rahmen der Unterbringung von Asylwerbenden – Betreutes Wohnen in der Stadtgemeinde Oberndorf formuliert. *(Anm.: Der Entwurf der Beauftragung lag dem übermittelten Amtsbericht bei.)*

c) Abschluss eines „Freien Dienstvertrages“

Auf Basis der aktuellen Vertragsversion vom 23.01.2015 wurde der „Freie Dienstvertrag“ für die Mindestbetreuung für Asylwerber in den gemeindeeigenen Wohnungen erstellt. Der „Freie Dienstvertrag“ wird mit Herrn Daniel Wandaller abgeschlossen und richtet sich nach dem Ausmaß der zu betreuenden Personen. *(Anm.: Der Vertragsentwurf lag dem übermittelten Amtsbericht bei.)*

2. Ergänzender Amtsbericht (wird von Amtsleiter Dr. Schäffer erklärt):

a) Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg betreffend Unterbringung von Asylwerbenden – Betreutes Wohnen

Mit Schreiben vom 27.01.2015 hat das Land Salzburg mitgeteilt, dass in der Leistungsvereinbarung (§ 2 Vertragsdauer) der Beginn des Vertragsverhältnisses auf 09.02.2015 geändert wurde (Vertragsende mit 31.12.2017 bleibt gleich). Weiters wurde die Bezeichnung auf „Betreutes Wohnungen“ geändert. Alle anderen Punkte bleiben gleich.

b) Beauftragung einer Arbeitsgruppe mit der Umsetzung der Leistungen

In Punkt 1. „Grundsätzliches“ und Punkt 2. „Aufgaben der Arbeitsgruppe laut Leistungsvereinbarung“ wird im ursprünglichen Amtsbericht auf das Datum des Abschlusses dieser Vereinbarung hingewiesen. Dieser Hinweis wird dahingehend abgeändert, dass anstatt des Datums des Abschlusses das Beschlussdatum der Gemeindevertretungssitzung vom 04.02.2015 eingefügt wird.

Bei der Beauftragung zur Leistungserbringung sind im Punkt 3. „Vorgaben durch die Stadtgemeinde“ folgende Änderungen bzw. Ergänzungen aufgrund des übermittelten Leistungsvertrages notwendig:

3. Vorgaben durch die Stadtgemeinde

7. Absatz Neu:

Die Tagesvergütung pro Asylnehmer (§ 24) wird direkt vom Land Salzburg auf ein durch die Arbeitsgruppe bekannt zu gebendes Bankkonto überwiesen.

11. Absatz Neu:

Die Auftraggeberkosten für Herrn Daniel Wandaller werden von der Stadtgemeinde überwiesen und der Arbeitsgruppe in Rechnung gestellt.
Alle anderen Punkte bleiben gleich.

c) Abschluss eines „Freien Dienstvertrages“

Aufgrund der vorliegenden Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg sind folgende Änderungen bzw. Ergänzungen für den „Freien Dienstvertrag“ notwendig:

Änderungen unter dem Punkt „Honorar“:

Die Betreuung wird 780 Jahresstunden, € 21.840,- pro Jahr, nicht überschreiten (5 Stunden pro Wohnung und Woche).

Änderungen unter dem Punkt „Verpflichtungen des Auftragnehmers“:

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes und Abrechnung muss der Auftragnehmer im Ausmaß von jeweils 5 Stunden pro Wohnung und Woche, angemessen verteilt auf die Wochentage, in der Wohnung anwesend sein.

Änderungen bzw. Ergänzung unter dem Punkt „Honorarabrechnung“:

Sofern Kilometergeld verrechnet wird, kann, wenn mehrere Asylanten an einem Tag besucht werden, nur einmal das Kilometergeld verrechnet werden. Dazu sind Aufzeichnungen zu führen. Wegzeiten können nicht verrechnet werden.

Alle anderen Punkte bleiben gleich.“

Es entwickelt sich eine kurze Diskussion, ob mit den Kosten das Auslangen gefunden wird. Ein gewisser Sockelbetrag (Reserve) von € 5.000,-- wird bereitgestellt.

Bürgermeister Schröder informiert über eine mediale Berichterstattung, in der unsere Betten noch nicht beinhaltet sind. Man wird sehen, wann die Zuweisungen erfolgen.

1. Vizebgm. Mayrhofer: Für die Arbeitsgruppe ist es notwendig, die Mietkosten zu wissen. Es ist Aufgabe der Gemeinde, die Miete danach zu richten, was finanziell möglich ist.

Bürgermeister: Herr Thür wurde von mir eingeladen zu kommen, das ist nicht geschehen. Morgen um 11.00 Uhr ist Arbeitsgruppenbesprechung. Die Mieten sind auf das ganze Haus aufgerechnet und es wäre den anderen Wohnungsmietern gegenüber nicht fair, sie für diese Wohnungen anders zu berechnen. Alle Kalkulationsgrundlagen liegen vor.

Dr. Schäffer: Das Land sagt eindeutig, es darf keine Gewinnabsicht dahinter stehen. Es gab auch Vorinvestitionen – das ist ebenfalls zu betrachten.

Bürgermeister: Sollte sich ein Minus ergeben, wird dies die Stadtgemeinde übernehmen. Ein Termin in ca. 3 Wochen mit Herrn Thür wird vorgeschlagen, den Frau Moßhammer vereinbaren wird.

Weiters auf die Anfrage von GV Hagmüller, wie lange die Asylanten bleiben: Bis zum Abschluss des Asylverfahrens.

Der Bürgermeister stimmt der Bemerkung von GV Wenzl zu, dass die Asylverfahren nicht sehr langwierig sind und die Asylanten sich anschließend relativ frei bewegen können (Arbeitsplatz, Wohnung etc.).

Zur Anfrage von GV Illinger, wer kommt: Dies entscheidet das Land. Zu uns sollen zwei Familien kommen.

Zusammensetzung der Arbeitsgruppe (Anfrage GV Hauser): Wurde innerhalb der Gruppe diskutiert und uns in der Form gemeldet.

Bürgermeister Schröder verliest nachfolgenden Beschlusstext bzw. stellt den **Antrag, auf**

- a) Abschluss der vorliegenden Leistungsvereinbarung mit dem Land Salzburg zur Unterbringung von Asylwerbenden – Betreutes Wohnen.**
- b) Beauftragung der Arbeitsgruppe zur Betreuung der Asylwerbenden und Erbringung der in der Leistungsvereinbarung angeführten Leistungen gemäß vorliegender Aufgabenverteilung im Namen der Gemeindevertretung.**
- c) Abschluss eines Freien Dienstvertrages mit Herrn Daniel Wandaller zur Erbringung der Leistungen der Mindestbetreuung**

inklusive der Änderungen gemäß dem ergänzenden Amtsbericht.

**Offene Abstimmung (23 GV anwesend): 22 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen
(GV Hagmüller)**

6. Stille-Nacht-Museumsbezirk – Anpassung der Projektkosten

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„In der GV-Sitzung vom 23.07.2014 wurde die Umsetzung des Projektes „Stille-Nacht-Museumsbezirk“ (Alter Pfarrhof, WC-Anlage/Infopoint) basierend auf einer Machbarkeitsstudie mit Gesamtkosten von € 2,3 Mio. brutto freigegeben.

Zwischenzeitlich wurde durch das Planungsteam der Wissensstand um das Projekt vertieft. Es wurden z. B. die Statik, die Gründungssituation und der erforderliche Hochwasserschutz detaillierter ausgearbeitet. Weiters wurde mit den zuständigen Vertretern des Bundesdenkmalamtes, der Baubehörde und des Arbeitsinspektorates das Projekt abgestimmt.

Durch das Projektmanagement wurde basierend auf diesem verbesserten Wissensstand eine Kostenberechnung durchgeführt. Diese weist Mehrkosten von € 300.000,-- aus. Es ergeben sich damit neue Gesamtkosten von brutto € 2,6 Mio..

Über diese Entwicklung wurde der Landeshauptmann in einer Besprechung am 20.01.2015 bereits informiert. Er hat die anteilige Erhöhung der Fördermittel des Landes entsprechend dem bisherigen Aufteilungsschlüssel (70% Land und 30% Stadtgemeinde) zugesagt. Für die Stadtgemeinde ergibt sich daraus ein zusätzlicher Finanzierungsaufwand von brutto ca. € 80.000,--.

Die Bedeckung des zusätzlichen Finanzierungsanteils der Stadtgemeinde wird im Zuge der Jahresrechnung 2014 als Rücklage angespart.“

Hinweis: Der Beitrag des Tourismusverbandes ist gedeckelt.

Stadtrat Schweiberer hält es für unverständlich, dass trotz Beauftragung einer teuren Machbarkeitsstudie nun € 300.000,-- an Mehrkosten zu erwarten sind. Man hätte beispielsweise auf das Palaverhaus verzichten können.

Bürgermeister Schröder findet den Erstentwurf in Ordnung. Was noch dazugekommen ist, habe ihm auch nicht gefallen. Zum Thema „Dachstuhl“: Die Beauftragungen werden erst erfolgen, wenn die Ausschreibung für 85 % der zu erbringenden Leistungen erfolgt ist.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag**,

- a) die Projektkosten mit brutto € 2,6 Mio. und**
- b) die Anpassung der Förderverträge mit dem Land Salzburg an die neuen Gesamtkosten**

zu beschließen.

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): 22 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (GV Thür)

7. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Färberstraße – Untersbergstraße“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die gegenständliche Grundfläche soll in den nächsten Jahren bebaut werden. Für das vereinfachte Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes gelten die Bestimmungen des § 69 ROG 2009.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich "Färberstraße-Untersbergstraße " zu beschließen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplan im Bereich „Färberstraße-Untersbergstraße" gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

8. Teilabänderung Flächenwidmungsplan im Bereich „Stille Nacht-Bezirk (Schöffleutgasse)“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die gegenständliche Grundfläche soll in den nächsten Jahren im Rahmen des Projektes „Stille-Nacht-Museumsbezirk“ bebaut werden. Für das vereinfachte Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes gelten die Bestimmungen des § 69 ROG 2009.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich "Stille Nacht-Bezirk (Schöffleutgasse)" zu beschließen.“

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich "Stille Nacht-Bezirk (Schöffleutgasse)" gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

9. Teilabänderung Flächenwidmungsplan für den Bereich „Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße (Bruckmoser)“ samt Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich „Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße“

Folgender Amtsbericht des Bauamtes liegt vor:

„Grundlagen:

Die gegenständlichen Grundflächen sollen in den nächsten Jahren bebaut werden. Gemäß § 44 ROG 2009 kann der Flächenwidmungsplan geändert werden, wenn die Änderung dem Räumlichen Entwicklungskonzept der Gemeinde entspricht und im Falle einer Baulandausweisung der Baulandbedarf dies zulässt. Gemeinsam mit der Flächenwidmungsplanänderung wird für den gegenständlichen Bereich ein Bebauungsplan erstellt.

Gutachten:

Die vorbereitenden Verfahrensschritte wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Einwendungen wurden keine erhoben. Es kann daher der Gemeindevertretung empfohlen werden, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich "Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße (Bruckmoser)" und den Bebauungsplan „Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße“ zu beschließen.“

Auf Anfrage von GV Thür hinsichtlich Baubeginn SPAR-Markt hält der Bürgermeister fest, dass dieser laut Herrn Dr. Schmalzl im Herbst erfolgen soll. Seitens der Stadtgemeinde sei alles erledigt, die Einreichung liege nun beim SPAR-Konzern.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, die Teilabänderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich "Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße (Bruckmoser)" und den Bebauungsplan „Ziegelhaiden West – südlich der Arnsdorfer Straße“ gemäß § 67 Abs. 8 ROG 2009 zu beschließen.**

Offene Abstimmung (23 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

- *Bürgermeister Schröder verlässt das Sitzungszimmer, somit sind 22 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend. Vizebürgermeisterin Mayrhofer übernimmt für die Behandlung des folgenden Tagesordnungspunktes den Vorsitz.*

10. Berufung Voggenberger Familie-Privatstiftung gegen den Bescheid der Stadtgemeinde Oberndorf vom 17.08.2012 zur Beseitigung von Baugebrechen am Objekt Siedlungsstraße 6

1. Vizebqm. Mayrhofer hält fest, dass seitens des Bauamtes ein ausführlicher Amtsbericht vorbereitet wurde und ersucht Dipl.-Ing. Müller um entsprechende Erläuterung.

Folgender Amtsbericht liegt vor, Dipl.-Ing. Müller erläutert diesen:

„ Objekt Siedlungsstraße 6 - Beseitigung von Baugebrechen

Bescheid

Über die von der Voggenberger Familien-Privatstiftung (FN 281023w), Paracelsusstraße 45, 5110 Oberndorf, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Erich Greger & Dr. Günther Auer, Salzburger Straße 77, 5110 Oberndorf, am 03.09.2012 rechtzeitig erhobene Berufung gegen den Bescheid des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Oberndorf vom 17.08.2012, Zl. 192-69 BT. 24/2003, mit welchem der Eigentümerin der Liegenschaft Siedlungsstraße 6, der Voggenberger Familien-Privatstiftung, der baupolizeiliche Auftrag erteilt wurde, die festgestellten Baugebrechen zu beheben, wurde durch die Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf in ihrer Sitzung vom 04.02.2015 als Berufungsbehörde entschieden:

Spruch:

Gemäß §§ 19, 20 und 22 Abs. 1 bis 4 Salzburger Baupolizeigesetz 1997, LGBl. 40/1997 idgF, in Verbindung mit § 63 bis 67 AVG idgF, wird der Eigentümerin des Objektes Siedlungsstraße 6, der Voggenberger Familien-Privatstiftung (FN 281023w), Paracelsusstraße 45, 5110 Oberndorf, durch die Baubehörde II. Instanz aufgetragen, die **Wohnungseingangstüren Top 4, Top 1, Top 9, Top 6, Top 5 und Top 11A (Türen samt Zargen) des Objektes Siedlungsstraße 6 entsprechend dem bestehenden Baukonsens der Baubewilligung vom 17.07.2003, Zl. 192-26 BT. 24/2003, nachweislich in zumindest der Brandwiderstandsklasse „T30“ herzustellen.**

Es wird dafür eine Frist von 5 Monaten ab Rechtskraft des Bescheides gewährt. Eine Bestätigung durch die ausführende Firma über den ordnungsgemäßen Einbau der Wohnungstüren in vorgenannter Qualität ist der Baubehörde bis spätestens 1 Woche nach Ablauf der Frist unaufgefordert vorzulegen. Die Verhandlungsschrift der Stadtgemeinde Oberndorf vom 19.06.2012 sowie die Gutachten des IBS-Institut für Brandschutztechnik und Sicherheitsforschung Gesellschaft M.B.H. vom 22.06.2012, Aktennummer 12051109, und vom 25.11.2014, Aktennummer 12051109-2, bilden einen wesentlichen Bestandteil dieses Bescheides.

Begründung:

1. Der angefochtene Bescheid vom 17.08.2012, Zahl: 192-69 BT. 24/2003, wurde dem Rechtsvertreter der Voggenberger Familien-Privatstiftung laut Rückschein am 21.08.2012 zugestellt. Die Berufung wurde am 03.09.2012 bei der Post unter der Nummer RQ 147570970AT aufgegeben und damit rechtzeitig innerhalb der offenen Frist eingebracht. Die Zustellung an die Stadtgemeinde Oberndorf erfolgte am 04.09.2012.

2. Die Berufung erfolgte mit Schreiben vom 03.09.2012 durch die bevollmächtigte Rechtsanwaltskanzlei Dr. Erich Greger & Dr. Günther Auer. Darin wird ausgeführt:

„Der bekämpfte Bescheid wird seinem gesamten Inhalt nach angefochten. Als Rechtsmittelgründe werden Rechtswidrigkeit des Inhalts und wesentliche Verfahrensfehler geltend gemacht:

Mit gegenständlichem Bescheid wurde der Eigentümerin des Objekts Siedlungsstraße 6 durch die Baubehörde I. Instanz aufgetragen, sämtliche Wohnungseingangstüren dieses Objekts in nachweislich brandhemmender Qualität gem. § 21 Abs 7 Salzburger Bautechnikgesetz herzustellen. Es wurde eine Frist von fünf Monaten gewährt.

Bereits mit Bescheid vom 08.02.2007 wurde der Eigentümerin dieses Objekts durch die Baubehörde I. Instanz aufgetragen, bis spätestens 10.04.2007 alle Wohnungseingangstüren in nachweislich brandhemmender Qualität gem. § 21 Abs 7 Bautechnikgesetz in Verbindung mit ÖNORM B3850 auszuführen und der Baubehörde einen Nachweis bis spätestens 10.04.2007 vorzulegen. Gegen diesen Bescheid vom 08.02.2007 erhob die Eigentümerin Berufung und wurde mit Berufungsvorentscheidung vom 27.03.2007 der angefochtene Bescheid zur Gänze aufgehoben. Dieser Bescheid erwuchs in Rechtskraft.

Mit dem nun angefochtenen Bescheid wurde der Eigentümerin ein inhaltsgleicher baubehördlicher Auftrag zur Beseitigung von Baugebrechen erteilt. Dies obwohl eine rechtskräftige Entscheidung darüber vorlag, dass genau diese Gebrechen nicht zu beheben sind. Die Rechtskraft der Entscheidung vom 27.03.2007 steht einer neuerlichen gegenteiligen Entscheidung entgegen. Die Baubehörde ist an den rechtskräftigen Bescheid vom 27.03.2007 gebunden und nicht berechtigt neuerlich einen rechtswidrigen Bescheid, der bereits wegen Rechtswidrigkeit des Inhalts aufgehoben wurde, noch einmal zu erlassen.

Die eingeschränkten Möglichkeiten der Abänderung von Bescheiden besteht nur im Rahmen des Umfangs der Zulässigerklärung im Sinne des § 68 AVG. Ansonsten steht die Rechtskraft der neuerlichen inhaltsgleichen Bescheiderlassung entgegen.

Darüber hinaus ist der Bescheid aber auch wiederum (ebenso wie auch jener vom 08.02.2007) rechtlich verfehlt. Die ursprüngliche Baubewilligung stammte vom 17.07.2003. § 21 Bautechnik-gesetz sah zu diesem Zeitpunkt keine brandhemmende Ausführung der Wohnungseingangstüren vor. Die Darstellung, dass unter T30-Tür sowohl die brandhemmende Qualifikation als auch die selbstschließende Funktion subsumiert werde, ist nicht nachvollziehbar. Die Bezeichnung T30 ist jeglicher gesetzlichen Bestimmung fremd. Im Rahmen der nachträglichen Baugenehmigung für die Abweichungen wurde in keinster Weise dargestellt, dass die Wohnungseingangstüren in einer besonderen Brandschutzqualifikation ausgeführt werden, sondern waren die Türen lediglich beschrieben als Vollbautüren mit Umfassungszargen. Diese Art der Wohnungseingangstür wurde von der Behörde genehmigt. Eine nachträgliche Abänderung der Genehmigung insoweit, als eine bestimmte Brandschutzqualifikation verlangt wurde, erfolge nicht. Damit ist der angefochtene Bescheid vom 17.08.2012 sowohl formell als auch materiell rechtswidrig.

Der Sachverständige, dessen Gutachten dem Bescheid zugrunde liegt, war auch nicht damit beauftragt zu überprüfen, ob das Objekt entsprechend der Baubewilligung ausgeführt wurde. Der Sachverständige überprüfte lediglich, ob die Wohnungseingangstüren den Anforderungen einer brandhemmenden Tür T30 entsprechend der ÖNORM B3850 entsprach, wobei diese Norm zum Zeitpunkt der Baubewilligung in dieser Form noch nicht erlassen war.

Es wird sohin beantragt, den angefochtenen Bescheid ersatzlos zu beheben.

Oberndorf, 03.09.2012
07/VogBez/1 –A/ka – 256317.doc“

Voggenberger Familien-Privatstiftung

3. Die Berufung richtet sich erkennbar gegen den Bescheid des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Oberndorf vom 17.08.2012, Zahl: 192-69 BT. 24/2003, betreffend die Beseitigung von Baugebrechen am Objekt Siedlungsstraße 6.
4. Eine Berufung ist, wie auch in der Rechtsmittelbelehrung des angefochtenen Bescheides richtig angeführt, gemäß Instanzenzug zulässig.
5. Die Berufung wurde durch die Voggenberger Familien-Privatstiftung, welche die vom angefochtenen Bescheid betroffene Person ist, vertreten durch die bevollmächtigte Rechtsanwaltskanzlei Dr. Erich Greger & Dr. Günther Auer, eingebracht.
6. Der Berufungsantrag ist ausreichend begründet.
7. Der Bescheid wird seinem gesamten Inhalt nach angefochten und die ersatzlose Aufhebung und Verfahrenseinstellung beantragt.
8. Auf Grund o. a. Ausführungen ist die gegenständliche Berufung zulässig.
9. § 19 Abs. 4 BauPolG normiert:
“Ein Baugebrechen im Sinne dieses Gesetzes ist ein mangelhafter Zustand einer in Abs. 1 genannten baulichen Anlage, der deren Festigkeit, Brandsicherheit, Sicherheit, Hygiene oder Ansehen betrifft und geeignet ist, Personen oder im Eigentum Dritter stehender Sachen zu gefährden oder zu beschädigen, oder das Orts- oder Landschaftsbild grob zu beeinträchtigen.“
§ 20 BauPolG führt weiters aus:
“Stellt die Baubehörde an einer baulichen Anlage Baugebrechen fest, so hat sie den Eigentümer unter Festsetzung einer angemessenen Frist zur Behebung dieser Gebrechen zu verhalten.“
10. Die erhobene Berufung wurde mit Bescheid der Gemeindevertretung vom 08.10.2013, Zl. 192-83 BT. 24/2003 als unbegründet abgewiesen.
11. Gegen diesen Bescheid erhob die Voggenberger Privatstiftung Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht (LVwG).
12. Mit Erkenntnis vom 15.09.2014, Zl. LVwG-3/30/6-2014 wurde der Berufungsbescheid der Gemeindevertretung für die Wohnungstüren Top 3, Top 2, Top 8, Top 7, Top 11, Top 11B und Top 10 bestätigt und der Voggenberger Privatstiftung die Beseitigung der Baugebrechen innerhalb einer Frist von 5 Monaten aufgetragen. Die Bestätigung wurde im Wesentlichen damit begründet, dass für diese Türen

die neueren baurechtlichen Bestimmungen aus dem Jahre 2006 (Ansuchen um Genehmigung der Bestandspläne vom 23.02.2006) maßgebend sind.

13. Mit gleichem Erkenntnis wurde der Berufungsbescheid der Gemeindevertretung hinsichtlich der Wohnungseingangstüren Top 4, Top 1, Top 9, Top 6, Top 5 und Top 11A aufgehoben. Die Aufhebung wurde im Wesentlichen damit begründet, dass für die Ersteinreichung, welche mit Bescheid vom 17.07.2003 genehmigt worden war, die Brandschutzbestimmungen des § 21 Abs 7 BauTG nicht maßgebend sein können, da diese bautechnische Bestimmung erst mit der Novelle zum BauTG am 01.10.2004 in Kraft trat.
14. Im Umkehrschluss führt dieses Erkenntnis des LVwG aber zum Ergebnis, dass für die Wohnungseingangstüren Top 4, Top 1, Top 9, Top 6, Top 5 und Top 11A der Baukonsens des Erstbescheides vom 17.07.2003 Gültigkeit hat.
15. Zur „*Brandschutzqualifikation*“:
In der Einreichplanung vom 26.06.2003, welche der Baubewilligung vom 17.07.2003 zu Grunde liegt, sind die Wohnungseingangstüren Top 4, Top 1, Top 9, Top 6, Top 5 und Top 11A als T30-Türen ausgewiesen. Gemäß der damals gültigen ÖNORM B 3850, Ausgabe 2001-10-01, werden Türen mit der „Brandwiderstandsklasse T30“ auch mit der „brandschutztechnischen Bezeichnung“ „brandhemmend“ definiert.
16. Gemäß ÖNORM B 3850, Ausgabe 2001-10-01, Abschnitt 4.4 kann vom Erfordernis der Selbstschließung in Ausnahmefällen, wie zB bei Wohnungseingangstüren, Abstand genommen werden. Es wurde daher lediglich der Raumabschluss für 30 Minuten vorgeschrieben. Der Einwand ob und inwieweit die Begrifflichkeit einer T30-Türe die brandhemmende und die selbstschließende Funktion subsumiert ist, da keine selbstschließende Funktion sondern nur der Raumabschluss aufgetragen wurde, nicht maßgebend.
17. Die Formulierung „Vollbautüren in Umfassungszargen“ in der Baubeschreibung widerspricht einer Ausführung der Türen in der Feuerwiderstandsklasse „T30“ nicht.
18. Zum „*Auftrag des Gutachters*“:
Durch die Berufungsbehörde wurde vom Gutachter eine Erweiterung zur Objektbegutachtung vom 22.06.2012 angefordert. Dabei wurde dem Gutachter aufgetragen, zu beurteilen, ob die Wohnungseingangstüren der Anforderung „T30“, gemäß der zum Zeitpunkt des Ansuchens vom 27.06.2003 geltenden Bestimmungen, entsprechen. Die Ergänzung liegt mit Gutachten vom 25.11.2014 der Behörde seit 28.11.2014 vor. Die Gutachtliche Stellungnahme lautet: „Die eingebauten Wohnungseingangstüren im Objekt „Wohnhausanlage Siedlungsstraße 6, 5110 Oberndorf“ entsprechen NICHT den Anforderungen einer brandhemmenden Tür mit dem Schutzziel von 30 Minuten Raumabschluss und der Isolation“.

Das ergänzende Gutachten wurde der Voggenberger Familien-Privatstiftung im Rahmen des Parteiengehörs zur Kenntnis und zur Abgabe einer Stellungnahme übermittelt.

Mit Schreiben vom 10.12.2014 wurde folgende Stellungnahme abgegeben:

„In umseits bezeichneter Baurechtssache wurde der Einschreiterin Voggenberger Familien-Privatstiftung das Gutachten vom 25.11.2014 mit der Möglichkeit zur Stellungnahme bis 30.12.2014 übermittelt.“

Hiezu ist festzuhalten, dass über den bereits erlassenen baupolizeilichen Auftrag der Stadtgemeinde Oberndorf bei Salzburg und den Bescheid der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Oberndorf bei Salzburg vom 08.10.2013 eine rechtskräftige Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts vorliegt.

Darin wurde die Rechtswidrigkeit der Entscheidungen des Bürgermeister als Baubehörde I. Instanz und der Gemeindevertretung als Baubehörde II. Instanz hinsichtlich der Wohnungseingangstüren Top 1, Top 4, Top 5, Top 6, Top 9 und Top 11 a objektiviert. Es ist somit rechtskräftig durch gerichtliche Entscheidung festgelegt, dass diese oben erwähnten Wohnungseingangstüren der Baubewilligung entsprechen.

Die Erfüllungsfrist zur Erstellung des konsensgemäßen Zustands hinsichtlich der Wohnungseingangstüren Top 2, Top 3, Top 7, Top 8, Top 10, Top 11 und Top 11 b ist nicht abgelaufen und beabsichtigt, die Einschreiterin innerhalb der Frist den behördlichen Auftrag zu erfüllen.

Oberndorf, am 10.12.2014
Privatstiftung“

Voggenberger Familien-

Im Wesentlichen wird auf das Erkenntnis des LVwG verwiesen. Das Gutachten an sich wird nicht beeinsprucht. Es wird aber die Schlussfolgerung gezogen, dass auf Grund des Erkenntnisses des LVwG die eingebauten Wohnungseingangstüren der Baubewilligung entsprechen.

Dieser Schlussfolgerung kann durch die Berufungsbehörde auf Grund der Aktenlage und des vorliegenden Gutachtens vom 25.11.2014 nicht gefolgt werden (siehe dazu auch Abschnitt 14. dieser Begründung). Es ist daher der Eigentümerin aufzutragen, die Wohnungseingangstüren Top 4, Top 1, Top 9, Top 6, Top 5 und Top 11A entsprechend dem bestehenden Baukonsens der Baubewilligung vom 17.07.2003, Zl. 192-26 BT. 24/2003, herzustellen. In den genehmigten Einreichplänen ist dazu die Brandwiderstandsklasse „T30“ enthalten.

19. Zum *Einwand der „res judicata“*:

Die Berufungsvorentscheidung vom 27.03.2007 steht einer neuerlichen Entscheidung nicht entgegen, da mit dieser Berufungsvorentscheidung nur der vorangegangene baupolizeiliche Auftragsbescheid aufgehoben worden ist, jedoch dadurch keine rechtskräftige Entscheidung in der Sache getroffen worden ist. Siehe dazu auch im Text der Begründung des Erkenntnisses des LVwG vom 15.09.2014, Zl. LVwG-3/30/6-2014, in welchem keine „res judicata“ festgestellt wurde.

Es war daher in Abänderung des erstinstanzlichen Bescheides spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von vier Wochen eine Beschwerde gemäß § 7 Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem Tag der Zustellung des Bescheides. Die Beschwerde ist bei der Stadtgemeinde Oberndorf schriftlich einzubringen. Sie kann der Behörde in jeder technisch möglichen Form übermittelt werden. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen, die Bezeichnung der belangten Behörde, die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren und die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist, zu enthalten.

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG hat aufschiebende Wirkung.

Es wird daher empfohlen, den Bescheid wie im Entwurf vorliegend zu erlassen.“

1. Vizebgm. Mayrhofer verliest den Beschlusstext wie folgt bzw. stellt den **Antrag, gemäß §§ 19, 20 und 22 Abs. 1 bis 4 Salzburger Baupolizeigesetz 1997 i. d. g. F. in Verbindung mit §§ 63 ff Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 die Erlassung des Bescheides gemäß vorliegendem Entwurf zu beschließen.**

Offene Abstimmung (22 GV anwesend): Wird einstimmig beschlossen.

- *Bürgermeister Schröder betritt das Sitzungszimmer (somit sind 23 Gemeindevertretungsmitglieder anwesend) und übernimmt wiederum den Vorsitz.*

11. Aufträge, Anschaffungen

Keine – entfällt!

12. Subventionen

12.1. Stadtkapelle Oberndorf

Ansuchen um Zuweisung der Vereinssubvention für das Jahr 2015 in der Höhe von € 7.000,00.

12.2. Seniorenbund Oberndorf

Ansuchen um Zuweisung der Subvention für 2015 in der Höhe von € 900,00.

12.3. Pensionistenverband Oberndorf

Ansuchen um Zuweisung der Subvention für 2015 in der Höhe von € 900,00.

12.4. Seniorenring Oberndorf

Ansuchen um Zuweisung der Subvention für 2015 in der Höhe von € 160,00.

12.5. SalzART Festival 2015

Ansuchen um Subvention von € 6.000,00 zur Durchführung des Festivals. Die Abrechnungsunterlagen liegen dem Fraktionsordner bei.

12.6. Schifferschützen-Corps Oberndorf

Ansuchen um finanzielle Unterstützung in der Höhe von € 3.500,-- zum Ankauf und zur Erhaltung von Uniformen und Ausrüstungsgegenständen.

12.7. Luftsportverband Salzburg – Modellfluggruppe Weitwörth - Oberndorf

Ansuchen um Benützung der Stadthalle für eine Modellbauausstellung im Herbst 2015. Der Verein mit Sitz in der Gemeinde Nußdorf hat auch Oberndorfer Mitglieder. Die Ausstellung ist eine sehenswerte Sache und damit ein Gewinn für die Region. Die Zur-Verfügung-Stellung der Stadthalle wird empfohlen. Die Reinigungskosten sowie die behördlichen Abgaben sind vom Verein zu tragen.

Stadträtin Glier zum SalzART Festival 2015: Die vorliegende Abrechnung stammt aus dem Jahr 2013. Es gibt viele Ungereimtheiten, die Belege sind zu wenig ordentlich. Daher ihr Vorschlag: € 3.000,-- im Vorhinein, die weiteren € 3.000,-- nach erbrachter Abrechnung 2014.

Bürgermeister: Die Abrechnung 2014 liegt derzeit beim Land, die Abrechnung 2013 wurde von Mag. Pointl, Land Salzburg, geprüft. Der vertraue ich. Mit SalzART organisiert Herr Wieser eine kulturelle Aktion für Oberndorf und die Region, über die wir froh sein können.

Stadtrat Schweiberer: Das Engagement kann Herrn Wieser keiner absprechen. Es geht um die prinzipielle Leistung und ob sie uns das wert ist.

Stadtrat Innerkofler denkt, die Leistung von R. Wieser sollte uns diesen Förderbetrag wert sein und es störe ihn die alljährliche Diskussion darüber.

Stadträtin Glier bemerkt, dass R. Wieser vom Tourismusverband auch € 3.000,-- erhält, somit sind das gesamt € 9.000,-- Fördergeld, zuzüglich der kostenlosen Benützung der Stadthalle. Ihr gehe es um die Gleichbehandlung im Vergleich zu den anderen Vereinen.

Bürgermeister: Ein Kulturbudget würde uns die Diskussion ersparen. Wieser organisiert al-

les, der Folder ist ein Werbeträger für die Region. € 6.000,-- sind budgetiert, von zwei Raten war nie die Rede. Bisher wurde dies auch immer so beschlossen.

GV Wenzl schätzt die Veranstaltungen von Wieser. Er ist nicht gegen die Auszahlung des Gesamtbetrages, würde sich jedoch eine gewisse Sorgfalt bezüglich der Belege wünschen.

Stadtrat Danner bemerkt, dass hier über verschiedene Dinge diskutiert wird. Die Auszahlung der € 6.000,-- sollte beschlossen und R. Wieser darauf hingewiesen werden, dass – so wie dies von den anderen Vereinen auch gefordert wird – die Belege ordnungsgemäß vorgelegt werden. SalzART ist eine gute Sache, die weiter bestehen soll, eine Teilung des Betrages hält er für nicht notwendig.

Bürgermeister ersucht Stadträtin und Kulturausschuss-Obfrau Glier einen baldigen Ausschuss-Termin zu finden. R. Wieser wird dazu eingeladen, um seine Abrechnung zu erklären und das SalzART-Programm 2015 vorzustellen.

Der Bürgermeister stellt den **Antrag, wie folgt abzustimmen:**

12.1. – 12.4.: 23 GV anwesend – werden einstimmig beschlossen.

12.5. (SalzART): 23 GV anwesend – wird einstimmig beschlossen.

12.6. (Schiffergarde): 23 GV anwesend – wird einstimmig beschlossen.

**12.7. (Stadthalle f. Modellbauausstellung ausgenommen Reinigung und Gebühren):
23 GV anwesend – wird einstimmig beschlossen.**

13. Allfälliges

Information Bürgermeister Schröder: das Protokoll der letzten Gemeindevertretungssitzung vom 12. Dezember 2014 hatte einen Umfang von 62 Seiten, die Fertigstellung für eine heutige Beschlussfassung war wegen des erheblichen Arbeitsumfanges im Amt und der Urlaubszeit zu Weihnachten nicht möglich.

Anregung GV Dr. Weiß: Reduzierung der Sitzungsprotokolle auf sog. „Beschlussprotokolle“ und damit auf das Wesentliche, um dem enormen Arbeitsaufwand entgegen zu wirken. Bürgermeister Schröder wird bis zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Beschlussvorschlag ausarbeiten lassen.

Folgende Anfragen und Themen werden besprochen und vom Bürgermeister beantwortet:

Interesse an einem Jugendredewettbewerb in Oberndorf (1. Vizebgm. Mayrhofer): Zuständige sollen sich beim Bürgermeister melden.

Behandlung Tagesordnungspunkt „Allfälliges“ am Beginn der Sitzung (GV Strobl): Hat sich nach bisherigen Erfahrungswerten nicht bewährt. Ist lt. Amtsleiter gemäß Salzburger Gemeindeordnung nicht möglich.

Belege von Finanzberater Feichtinger über Bankspesen und Provisionen – evtl. prinzipielle Prüfung (Stadtrat Schweiberer): Zu prüfen wäre dann aber auch, was sich die Stadtgemeinde durch Herrn Feichtinger erspart hat.

HAK-Werbung in der Presse (GV Hagmüller): Es geht um die Schülerzahlen, kann abgefragt werden. Ergänzung Stadtrat Danner: Mit 3 HAK-Klassen pro Jahrgang wurde gestartet, derzeit sind es 2. Die HAS-Klassen sind ebenfalls rückläufig.

Bei derzeitigem OSK-Platz evtl. Möglichkeit eines Baulandesicherungsmodells (GV Wenzl): Studie über die Entwicklungsmöglichkeit gibt es, die zu diskutieren sein wird. Es wird ein neues REK geben.

Einladung zum OSK-Gschnas und Info über Meisterschaftsbeginn (Stadtrat Danner). Weiters Anregung zu Oberndorf-Nord - gemeinsame Erarbeitung einer sinnvollen (kreuzungsfreien) Lösung: 2005/06 wurde kreuzungsfreier Knoten geplant – es gab kein Geld vom Land (damals zuständig LH-Stv. Dr. Haslauer), wurde kategorisch abgelehnt, trotz Bereitschaft von Herrn Kreuzeder, Grund für den Kreisverkehr zur Verfügung zu stellen. Bürgermeister hat immer diese Lösung vertreten – ohne Erfolg. In einem Schreiben des Regionalverbandes fordern alle Bürgermeister einen Kreisverkehr. Seitens des Landes (Büro Mayr), wird wieder an eine Kreisverkehrslösung gedacht. Auch 60 km/h wären sinnvoll. Bürgermeister hat sich immer für die Straße eingesetzt – Zuständigkeitsbereich jedoch nicht Oberndorf. Eine Einladung zu einer Besprechung für die gesamte B 156 vom Büro Mayr liegt vor.

Herr Kreuzeder (Zuhörer) hält fest: Die Anrainer wurden nie befragt, ob sie Grund zur Verfügung stellen. Auch er sei für den Kreisverkehr und habe niemals gesagt, dafür keinen Grund herzugeben.

Plan für Betreubares Wohnen (GV Hauser): Oberndorf-Mitte

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Bürgermeister die Sitzung um 21.20 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. Gabriele Niederstrasser eh.

Der Vorsitzende:
gez. Bürgermeister Peter Schröder eh.

Beschlussfassungsprotokoll GV v. 04.02.15

TOP	Beschluss	erledigt am	erledigt von
3.	Ankauf Wertpapiere als Tilgungsträger		
4.	Umstellung Leichtverpackungssammlung und Altpapiersammlung		
5.	Unterbringung Asylwerbende		
6.	Stille-Nacht-Museumsbezirk - Anpassung Projektkosten		
7.	Teilabänderung FLWP „Färberstraße – Untersbergstraße“		
8.	Teilabänderung FLWP „Stille-Nacht-Bezirk (Schöffleutgasse)“		
9.	Teilabänderung FLWP „Ziegelhaiden West – südlich Arnsdorfer Straße“ u. Erstellung Bebauungsplan		
10.	Berufung Voggenberger Familie-Privatstiftung gegen Bescheid v. 17.08.12 betr. Objekt Siedlungsstr. 8		
12.1.- 12.7.	Subventionen		